

# Zürich

## Mehr Verkehrsdelikte

Im Jahr 2014 hat gemäss Statistik die Zahl der groben Verletzungen der Verkehrsregeln stark zugenommen, vor allem bei den Frauen. **SEITE 24**

## CVP will Hilfe kürzen

Die Christdemokraten wollen die Budgets für Auslandhilfe an den aktuellen Eurokurs anpassen und damit Geld sparen. **SEITE 27**

# Die Schweiz will mitspielen

**INNOVATIONSPARK** Geht es nach dem Nationalrat, kann der Schweizerische Innovationspark realisiert werden. Die SVP blieb mit ihrer Opposition allein auf weiter Flur.

Mit 152 zu 36 Stimmen der SVP trat der Nationalrat gestern auf die Debatte zum Schweizerischen Innovationspark ein. Zuvor waren die Meinungen in teils gehässigen Voten aufeinandergeprallt. Die SVP-Vertreter wiederholten unentwegt, es würden grosse Summen an Subventionen in ein Projekt fliessen, das alles andere als erfolgversprechend sei. «Innovation wird nicht durch staatlichen Befehl erzeugt», sagte Christoph Mörgeli (Zürich).

Die Befürworter des Innovationsparks waren genauso darauf bedacht, den Vorwurf der Subventionitis zu entkräften. Christian Wasserfallen (FDP, Bern) sagte, in der Vorlage sei nirgends von Subventionen die Rede. Der Bund wolle lediglich eine Bürgschaft in

der Höhe von 350 Millionen Franken zur Verfügung stellen. Damit können die Betreiber des Innovationsparks auf dem Markt zu günstigen Bedingungen Geld aufnehmen. «Innovationsförderung ist Wirtschaftsförderung», sagte Wasserfallen.

### Anfangsidee «entzürchert»

Andere Redner meinten, der Kantönliche sei in der Diskussion

### «Wir haben keine Kraft für eine Röstigrabendiskussion.»

Johann Schneider-Ammann, FDP

um den Innovationspark fehl am Platz. Es gebe keine Konkurrenz unter den Regionen, sagte Maya Graf (Grüne, BL). Beim Projekt handle es sich um einen einzigen nationalen Innovationspark. Auch wenn dieser auf mehrere Standorte verteilt sei.

Das Projekt sieht zwei Hubstandorte nahe der ETH Zürich und Lausanne vor und drei Netzwerkstandorte (Aargau, Nordwestschweiz und Biel). Der eine Hubstandort ist auf mehrere Kantone in der Westschweiz verteilt. Der andere kommt nach Dübendorf auf das Gelände des Flugplatzes.

Das Projekt habe sich seit den Anfangsidee «entzürchert», stellte Jean-François Steiert (SP, Freiburg) mit Befriedigung fest. Die Westschweiz sei jetzt eingebunden. Gegen ein Eintreten seien damit nur noch jene Kreise, «die meinen, unser Land könne nicht nur

allein, sondern auch ohne Wissens- und Forschungskompetenz auf dem Erfolgspfad bleiben».

### Mitbewerber ist Singapur

Bundesrat Johann Schneider-Ammann (FDP) sprach in seinem Plädoyer bereits liebevoll vom Inopark Schweiz. Dieser könne helfen, die sehr hohe Beschäftigung in der Schweiz zu erhalten. «Wir haben keine Kraft für eine Röstigrabendiskussion», sagte Schneider-Ammann. Es gehe um die Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Schweiz. Die Mitbewerber hiessen Berkeley und Singapur, nicht Zürich und Basel. «Wir können mitspielen. Wir müssen aber wollen», sagte Schneider-Ammann.

Als die Eintretensdebatte abgeschlossen war, ging es in der Detailberatung um zwei Anträge aus der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Eine Minderheit der Kommission

### «Es geht nicht um einen Innovations-, sondern um einen Subventionspark.»

Christoph Mörgeli, SVP

wollte, dass zusätzliches Geld aus dem Verkauf von Liegenschaften des Bundes in den Schweizerischen Innovationspark fliessen könnte. Dieser Antrag wurde nur von der linken Ratsseite unterstützt.

«Das macht eine falsche Vorlage noch falscher», sagte Christoph Mörgeli, der in der Diskussion einen leidenden Eindruck hinterliess. «Es geht nicht um einen Innovations-, sondern um einen Subventionspark», rief Mörgeli seinen Ratskollegen zu. Und das Ganze gipfle in einem Korrup-

tionspark. Der Antrag unterlag deutlich in der Abstimmung.

### Zinsen fliessen ins Projekt

Hingegen fand der zweite Antrag eine Mehrheit. Dieser forderte, dass die Baurechtszinsen – die hauptsächlich für die 70 Hektaren Bundesland auf dem Areal des Flugplatzes Dübendorf eingenommen werden – direkt wieder in die Stiftung Innovationspark fliessen und auf die Standorte verteilt werden. Johann Schneider-Ammann warnte vergeblich vor einem Ja zu diesem Antrag.

In der Schlussabstimmung unterstützte der Nationalrat die Vorlage mit 153 zu 38 Stimmen. Nun wird sich der Ständerat damit befassen. Der Stiftungsrat der Stiftung Swiss Innovation Park nahm die Zustimmung des Nationalrats gestern mit «grosser Genugtuung» zur Kenntnis, wie er mitteilte. *Patrick Gut*



Wenn betagte Menschen mit einer Behinderung immer mehr Pflege brauchen, droht ihnen der Umzug ins Pflegeheim.

Keystone

## Weniger Arbeitslose

**BESCHÄFTIGUNG** Die Arbeitslosigkeit im Kanton Zürich ist im Mai von 3,5 Prozent auf 3,4 Prozent gesunken. Der Rückgang ist auf saisonale Faktoren zurückzuführen. Insgesamt zeige sich auf dem Zürcher Arbeitsmarkt wenig Bewegung, teilten die Volkswirtschaftsdirektion und das Amt für Wirtschaft und Arbeit mit.

Ende Mai waren 26 815 Personen bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) als arbeitslos gemeldet, 839 Personen weniger als im Vormonat.

Wie üblich für diese Jahreszeit gebe es weniger Arbeitslose im Baugewerbe (-263), bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (-114) sowie im Gastgewerbe (-75), heisst es in der Mitteilung vom Dienstag weiter.

### Anstieg erwartet

Im Detailhandel entspannte sich die Lage ebenfalls leicht. Die Arbeitslosigkeit sank hier im Mai effektiv (-75) sowie saisonbereinigt. Ebenfalls rückläufig sind die Arbeitslosenzahlen bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (-61).

Im Mai zeigte sich gemäss Mitteilung auf dem Zürcher Arbeitsmarkt «wenig Bewegung». Für die kommenden Monate werde mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen gerechnet. *sda*

# Wohin sollen Behinderte im Alter?

**BEHINDERTENPOLITIK** Alte Menschen mit einer Behinderung sind eine Herausforderung für die Politik. Um sich in diesem und anderen Bereichen zu positionieren, haben fünf Behindertenorganisationen einen Aktionskreis gebildet.

Der 65. Geburtstag eines Menschen mit einer Behinderung bedeutet einen erheblichen Einschnitt. Dann ist die AHV, nicht mehr die IV, zuständig für finanzielle Leistungen. Diese Schnittstelle sei problematisch, denn zwischen dem Status «behindert» und dem Status «betagt» bestehen heute wenig Verknüpfungspunkte.

Dies steht im Positionspapier des neuen Aktionskreises Behindertenpolitik Kanton Zürich, das

gestern vor den Medien präsentiert wurde. Fünf Behindertenorganisationen haben sich zusammengeschlossen, um politisch mehr Gewicht zu erhalten. Dies sind die kantonalen Sektionen von Pro Infirmis, Insieme, der Branchenverband der Behinderteninstitutionen Insos, die Behindertenkonferenz des Kantons sowie Curaviva, der Verband von Heimen und Institutionen.

### «Dauerhafte Regelung fehlt»

Wird ein Mensch mit einer Behinderung, der in einem Heim lebt, älter, darf er meist dort bleiben. Obwohl die Finanzierung durch den Kanton für die agogische Betreuung theoretisch wegfallen würde, sobald die Person über 65 Jahre alt ist. «Heute besteht eine Abmachung zwischen den Institutionen und dem Kanton, dass

diese Leistungen bis auf weiteres übernommen werden», sagte Andreas Paintner, Geschäftsführer der Brühlgut-Stiftung in Winterthur und Vorstandsmitglied bei Curaviva Zürich. Es fehle aber eine dauerhafte Regelung.

Das Brühlgut verfügt über 130 Plätze, 35 Personen sind über 65 Jahre alt – Tendenz steigend. Das Heim hat eine Demenzgruppe eingerichtet. Aber sobald der Pflegeaufwand zu gross wird, müssen die Bewohner in ein Pflegeheim umziehen, denn das Brühlgut hat keine Zulassung als solches.

Auf der anderen Seite leben viele Menschen mit einer Behinderung selbstständig oder werden von den Eltern zu Hause betreut. Werden sie zum Pflegefall oder ihre Eltern, droht auch ihnen das Pflegeheim. Zum Teil sogar als

Begleiter der Eltern, da sich sonst niemand um sie kümmern würde. Denn nach 65 wird sie keine Behinderteninstitution mehr aufnehmen, weil die Finanzierung nicht geregelt ist.

### Wenig Toleranz

«Dieser Schritt ist für Menschen mit einer Behinderung fast unzumutbar», sagte Paintner. «Und die Generation, die heute im Altersheim wohnt, ist nicht sehr tolerant im Umgang mit Menschen mit einer Behinderung», ergänzte Esther Lüthi, Geschäftsführerin von Pro Infirmis Zürich.

Damit solche «Schnittstellen zu Brücken, nicht Bruchstellen werden», wie Lüthi sagte, fordert der Aktionskreis Behindertenpolitik ein kantonales Konzept. Es brauche mehr Durchlässigkeit zwischen den Institutionen und Zu-

ständigkeitsbereichen. Heute wird etwa der Bedarf an Plätzen in Pflegeheimen auf Gemeindeebene geplant, jene in Behindertenheimen aber auf Kantonsebene.

«Mit ein paar Plätzen mehr für betagte Menschen mit einer Behinderung ist es aber nicht getan», sagte Jolanda Lötscher, Geschäftsführerin von Insos Zürich. Auch nach dem Bericht des Regierungsrats zur kantonalen Strategie zum Thema Behinderung, Alter und Pflege vom Dezember 2014 blieben viele Fragen offen. «Es fehlen die Grundlagen», sagte Lötscher, «denn noch nie wurden so viele Menschen mit einer Behinderung so alt.»

Der Aktionskreis stellt sich als Partner für Politik und Verwaltung im Kanton zur Entwicklung eines solchen Konzepts zur Verfügung. *Katrin Meier*

ANZEIGE

Samstag, 13. Juni 2015, ab 18 Uhr  
**Klang und Kunst im Kreuzgarten**  
Lange Nacht der Bodenseegärten in der Kartause Ittingen  
Blühende Fantasien in Literatur, Klang und Kunst mit Lara Stoll, Peter Schweiger, Rüdiger Schödel, und Ernst Thoma  
**Kunstmuseum Thurgau**  
www.kunstmuseum.ch